

10-2006 Mai, S. 42-46

S. 42

Europa, das Mittelmeer und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus
Zehn Jahre Barcelona-Prozess – hohe Erwartungen, gemischte Bilanz

Uwe Holtz

Der Beitrag unterstreicht den hohen Stellenwert des Barcelona-Prozesses zwischen der EU und den arabischen Staaten des Mittelmeerraumes für die Terrorismusbekämpfung. Allerdings verdeutlicht er auch wie groß noch die Distanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist. Redaktion

Aus der Sicht Europas bildet die Mittelmeerregion eine Region gemeinsamen Erbes und eine Plattform für Kooperation. Die südlichen Mittelmeerländer sind wichtige Handelspartner und für Europa auch wegen ihrer Rohstoffe (Erdöl, Gas und potenzialiter Sonnenenergie) von Bedeutung. Aber Armut, Defizite an Freiheit, Demokratie und „good governance“, Bevölkerungsexplosion, illegale Migration und Menschenhandel, Terrorismus, zunehmender politischer und religiöser Extremismus lassen die Region zu einer Schnittstelle der Gefahren und Herausforderungen der modernen Welt werden.

Der 1995 ins Leben gerufene Barcelona-Prozess der jetzt 25 EU-Mitgliedstaaten und der zehn südlichen Mittelmeeranrainer (Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und Türkei – Libyen und Mauretanien besitzen einen Beobachterstatus) versteht sich als eine politische Antwort auf diese Herausforderungen.

Mit der „Barcelona-Erklärung“ von 1995 und dem entsprechenden Arbeitsprogramm verständigte man sich auf eine ehrgeizige politische Blaupause zur Schaffung einer „Euro-Mediterranen Partnerschaft“.

Vier Körbe der Partnerschaft

Angestrebt wurden und werden – auch unter aktiver Mitwirkung Deutschlands:

– die politische und sicherheitspolitische Partnerschaft, die rund um das Mittelmeer eine Zone des Friedens und der Stabilität bauen soll, gestützt auf wichtige Prinzipien des internationalen Rechts und entschlossen, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu entwickeln sowie die Menschenrechte zu achten;

– die wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft, die sich einer nachhaltigen und ausgewogenen sozio-ökonomischen Entwicklung der Mittelmeerregion verpflichtet weiß und durch die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 im Einklang mit den WTO-Bestimmungen einen Raum gemeinsamen Wohlstands anstrebt (die EU unterstützt die Strukturreformen von Wirtschaft und Verwaltung durch erhebliche finanzielle Hilfen, die sog.

MEDA-Programme – die Europäische Investitionsbank stellt Darlehen und über ihre verstärkte Mittelmeer-Fazilität Sondermittel zur Verfügung);

S. 43

– die soziale, kulturelle und zwischenmenschliche Partnerschaft, die der Entwicklung menschlicher Ressourcen, dem Verständnis zwischen den Kulturen und dem Austausch unter den Zivilgesellschaften dient (im April 2005 wurde die Anna Lindh-EuroMed-Stiftung für den Dialog der Kulturen und den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften in Alexandria eröffnet).

– Zu den drei „Körben“ wurde mit dem Regionalprogramm Justiz, Verbrechensbekämpfung und Migration im Aktionsplan von Valencia 2002 ein weiterer hinzugefügt.

Zieht man eine Bilanz nach den ersten zehn Jahren des Prozesses, so fällt sie gemischt aus. Obwohl manches Positive erreicht worden ist, bleibt noch viel zu tun, um das Potenzial der Barcelona-Erklärung voll auszuschöpfen. Bei der EU fehlte bislang die Bereitschaft, die Euro-Mediterrane Partnerschaft in all ihren Zielen konsequent umzusetzen. Der auffallendste Aspekt der Partnerschaft ist die in institutioneller Hinsicht bestehende Asymmetrie zwischen den beiden Regionen; denn im Gegensatz zur EU stellen die mediterranen Partner keinen einheitlichen Akteur von Gewicht dar, zumal ihre Interessen oft auch zu unterschiedlich sind. Zudem hat die EU selbst zur Aufweichung eines konsistenten Barcelona-Prozesses beigetragen, indem sie seit 2004 ihre Beziehungen zu allen benachbarten Drittstaaten im Rahmen einer europäischen Nachbarschaftspolitik neu konzipierte (so wurden individuelle Aktionspläne mit Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien und der Palästinensischen Autonomiebehörde ausgehandelt).

Auch die arabische Seite muss sich manches vorbehalten lassen. Wie der 2005 publizierte Arab Human Development Report analysiert, hat es in den arabischen Ländern zwar einige bemerkenswerte Erfolge bei der Modernisierung gegeben (so bei der Bekämpfung von Krankheits- und Sterblichkeitsraten und der quantitativen Ausweitung von Bildungsmaßnahmen), aber zugleich ist eine Ausweitung und Vertiefung der arabischen Entwicklungskrise zu beklagen. Es besteht ein akutes Defizit an Freiheit, die Religion wird zur Aufrechterhaltung der Tyrannei und Repression vereinnahmt, ganz allgemein kann von einer Gleichstellung der Frauen mit den Männern keine Rede sein (das marokkanische Gesetz über die Gleichberechtigung der Frau zielt immerhin in die richtige Richtung), und in den meisten arabischen Ländern stehen das Recht auf freie Meinungsäußerung und die künstlerische Freiheit unter Druck.

Keine Entspannung

Zusätzliche Belastungen der Euro-Mediterranen Partnerschaft erschwerten und erschweren die Erreichung der angestrebten Ziele: die verschiedenen Terroranschläge (vom 11. September 2001 in den USA bis zu jenen auch und gerade in Mitgliedstaaten der EU), der Irakkrieg, die Missachtung einer Reihe von UN-Resolutionen durch verschiedene Beteiligte und eine islamistische Radikalisierung.

Die Bilder von Abu Ghraib und die Vorgänge um das Gefangenenlager in Guantánamo haben eine moralische Katastrophe und eine Glaubwürdigkeitslücke nicht nur der USA, sondern auch des Westens insgesamt bewirkt und unwillentlich den so genannten „Kampf der Kulturen“ angeheizt.

Die Bezeichnung „internationaler Terrorismus“ mag zu der Fehlmeinung führen, dass es eine

einzigste Art von Terrorismus mit zentralen Zielen und Organisationsstrukturen gäbe. Dies trifft nicht zu. International sollte klar sein, dass Terroristen Krieg führen. International sollten der Austausch relevanter Informationen und ein gemeinsames, weltweites Vorgehen gegen die Terroristen sein: Die Vereinten Nationen, die EU, der Europarat und andere Organisationen sollten noch effektiver als bisher gegen den internationalen Terrorismus vorgehen. International sollte der Wille sein, nirgendwo sichere Rückzugsgebiete („safe havens“) für Extremisten zu schaffen oder zu dulden. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist pri-



Ursula Lehr, Präsidentin der deutschen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter, Uwe Holtz, Xavier Hunault, Präsident der französischen Ehemaligen-Vereinigung im Europasaal des Deutschen Bundestags.

mär eine politische Aufgabe. Gerade für den Nahen Osten gilt: Eine solche Strategie muss ihren Schwerpunkt auf die Entschärfung und Lösung regionaler Konflikte legen. Der „Krieg gegen den Terror“ darf nicht zum Verrat an den eigenen Prinzipien und Wertvorstellungen von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit („rule of law“) führen. Im Übrigen fordert der Europarat zu Recht von seinen Mitgliedstaaten eine wirksamere Kontrolle der ausländischen Geheimdienstaktivitäten.

Anlässlich des zehnten Jahrestages haben die beteiligten Akteure im November 2005 in Barcelona wiederum ein Bekenntnis zur Euro-Mediterranen Partnerschaft abgelegt, den Willen zur Co-Ownership für den Prozess bekundet, die Prinzipien und Ziele der Barcelona-Erklärung bekräftigt und die Verpflichtung erneuert, einen gemeinsamen Raum des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes in der Mittelmeerregion zu schaffen, und zwar durch Dialog, Austausch und Zusammenarbeit. Zugleich wurde auch die spezifische Rolle der Türkei als EU-Kandidatenland und Mitglied der Euro-Mediterranen Partnerschaft unterstrichen.

Forderungen an das neue Fünf-Jahres-Programm

Folgende Forderungen, die sich vor allem aus den Vereinbarungen von 2005 ergeben, verdienen aus der Sicht der ehemaligen Abgeordneten besondere Aufmerksamkeit:

S. 44

– Da der Anspruch, der Barcelona-Prozess habe als Antwort auf das Ende des Kalten Krieges und die Herausforderungen der Globalisierung eine „neue mediterrane Identität ins Leben“ gerufen (so Javier Solana in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28.11.05), offensichtlich nicht eingelöst wurde, muss die EU mit ihren 25 Mitgliedstaaten alles daran setzen, so viel wie möglich vom neuen Fünf-Jahres-Arbeitsprogramm in Kooperation mit den südlichen Mittelmeeranrainern umzusetzen, damit das Ziel, positive Resultate für alle Menschen der Region zu zeitigen und die Visibilität der Partnerschaft zu erhöhen, zumindest annähernd erreicht wird.

– Der Barcelona-Prozess sollte – eingebettet in die Anstrengungen des Quartetts UN, USA, Russland und EU – besser als bisher genutzt werden, um den Friedensprozess im Nahen Osten zu fördern, eine schnelle und volle Umsetzung der Road-Map anzumahnen und zur Verwirklichung von zwei souveränen, existenzfähigen, demokratischen und in Sicherheit lebenden Staaten, Israel und Palästina, beizutragen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat sich dazu in ihrer Regierungserklärung vom 30. November 2005 für Deutschland eindeutig bekannt : „Für die neue Bundesregierung möchte ich (...) das Existenzrecht Israels und das Recht seiner Bürgerinnen und Bürger, in sicheren Grenzen frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben, ausdrücklich bekräftigen. Ebenso bekräftigen möchte ich allerdings das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, der Seite an Seite mit Israel in Sicherheit und anerkannten Grenzen lebt. Das wäre auch ein klares Signal gegen Terrorismus.“

– Aus dem Mittelmeer soll ein Raum ohne Massenvernichtungswaffen und ohne deren Trägersysteme werden, die Partnerländer sind stärker in den Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzubeziehen und alle Mittelmeerländer (auch Israel) sollen dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten. Das Projekt einer Charta für Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum sollte so bald wie möglich vollendet werden und einen generellen Verzicht auf Gewalt und bewaffnete Aktionen beinhalten.

– Die in Barcelona angekündigte neue Finanzfazilität zur Unterstützung reformbereiter Mittelmeerpartner ist konsequent für die Stärkung und Förderung von Demokratie und erweiterter politischer Partizipation, gutem Regierungs- und Verwaltungshandeln („good governance“), Menschenrechten und Grundfreiheiten, der Gleichstellung der Geschlechter, freien Medien sowie einer unabhängigen Justiz einzusetzen.

– Eine mutige Strategie würde darauf setzen, die totalitären Bewegungen und Regime zu schwächen und die moderaten Moslems für die liberale Demokratie zu gewinnen. Die Erfolge der Moslem-Bruderschaft in Ägypten sowie der Hamas in Palästina bei den letzten Parlamentswahlen erfordern auch angesichts ihrer z. T. heterogenen Zusammensetzung ein rasches Handeln im Sinne einer positiven, an bestimmte Konditionen gebundenen Einflussnahme (wie Anerkennung der Road-Map).

– Die Sicherheit der Menschen ist zu stärken, vor allem durch eine effektivere Antiterrorpolitik – unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze bei Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts – und durch die Einhaltung des in Barcelona 2005 vereinbarten Verhaltenskodexes zur Abwehr des Terrorismus. Eine vertiefte Kooperation ist geboten, um Terroristen und Terrornetzwerken das Handwerk zu legen, potenzielle Ziele zu schützen, Geiselnahmen vorzubeugen und mit den Folgen von Anschlägen besser fertig zu werden. Allerdings gilt dabei zu bedenken, dass die Durchsetzung von Menschenrechten im Antiterrorkampf letztlich effektiver ist als eine rigide Fixierung auf Sicherheit; die Erfahrung in Osteuropa lehrt, dass ein entschlossenes Auftreten politischen Wandel bewirkt hat. „Soft Power“ zielt nicht wie die traditionelle „Hard Power“ auf Zwang und Gewalt, sondern auf die Transmission von Informationen, von Ideen, von Werten und Normen.

Entwicklungspolitik zur Vorbeugung des Terrorismus

– Entwicklungspolitik geht es vor allem darum, dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Entwicklungspolitik muss dabei alle ethnischen und religiösen Konfliktlinien in den Blick nehmen und dazu beitragen, sie zu entschärfen – auch durch die behutsame Förderung des intra-kulturellen und interkulturellen Dialogs, der Begegnung und Verständigung. Die Bekämpfung der Armut nimmt in der Vorbeugung von Terrorismus eine zentrale Bedeutung

ein. Lebensperspektiven und Zukunftspläne bieten Alternativen zu Terror und Gewalt. Das Ziel, bis zum Jahr 2015 die Zahl der in absoluter Armut Lebenden zu halbieren, hat daher höchste Priorität. Vor allem deshalb muss die Entwicklungspolitik finanziell, inhaltlich und personell auf allen Ebenen gestärkt werden.

Mehr denn je gilt es, wirtschaftliche und demokratische Stabilität mit Dialog und partnerschaftlicher Zusammenarbeit in Entwicklungs- und Transformationsländern zu fördern, auch und gerade in den islamischen Ländern. Dauerhafte Erfolge sind jedoch ohne ein entwicklungsförderliches nationales und internationales Umfeld nur schwerlich zu erreichen. Bei der Entscheidung über Volumen, Einsatz, Instrumente und Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit empfiehlt sich die Beachtung von Kriterien, wie Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtssicherheit, Ausmaß der Korruption oder Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns (z.B. Höhe der Rüstungsausgaben).

– Von besonderer Bedeutung für die „menschliche Sicherheit“ wird es sein, höhere und bessere Beiträge zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der Region und ihrer sozialen Integration zu leisten und dabei vor allem ein Armut beseitigendes und Beschäftigung förderndes Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Der angestrebten Euro-Mediterranen Freihandelszone kommt dabei eine große Bedeutung zu. Zu den Maßnahmen, die dieses ehrgeizige Vorhaben begleiten müssen, gehören unter anderen die Stärkung der Privatwirtschaft, eine verbesserte Infrastruktur, ei-

S. 45

ne höhere und bessere Entwicklungszusammenarbeit, die Schaffung eines Euro-Med-Energiemarktes einschl. der Förderung der Energie- und Energieeffizienzforschung, die Unterstützung für die Süd-Süd-Kooperation sowie vor allem auch adäquate Eigenanstrengungen der Partnerländer.

Zu den Orientierung bietenden Rahmenbedingungen für die Schaffung einer solchen Freihandelszone zählen das Leitbild einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung und einer internationalen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, die Universelle Erklärung zur Demokratie der Interparlamentarischen Union (IPU), die Charta der Grundrechte der EU, die revidierte Sozialcharta des Europarates und die einschlägigen ILO-Übereinkommen. Bei Errichtung dieser Freihandelszone müssten zudem Regelungen einbezogen werden, die sicherstellen, dass die einheimischen Volkswirtschaften in ihrer Funktionsfähigkeit erhalten bleiben. Diese Freihandelszone bis 2010 zu realisieren scheint unrealistisch, es sei denn, dass von allen Partnern erheblich größere Anstrengungen unternommen werden und auch international, wie im Zuständigkeitsbereich der WTO, ein Durchbruch in Richtung auf weitere substantielle Fortschritte zu Gunsten der Doha-„Entwicklungs“-Runde erreicht werden.

Mediterrane Strategie für nachhaltige Entwicklung

Es gilt, eine mediterrane Strategie für nachhaltige Entwicklung zu entfalten, Wüstenbildung und Bodenerosion erfolgreicher als bisher zu bekämpfen, angesichts der „Linkages“ zwischen Wasser und anderen Sektoren wie Landwirtschaft, Ernährung, Energie, Gesundheit und Klimawandel ein integriertes Wasser-Ressourcen-Management zu fördern und den Zugang zu sauberem Wasser für alle sicherzustellen und einen realistischen Zeitplan dafür aufzustellen, dass bis 2020 das Mittelmeer verschmutzungsfrei wird, wobei die positiven Erfahrungen und „lessons learned“ mit der Ost- und Nordsee zu nutzen sind. Die Zusammenarbeit mit relevanten UN-Organisationen, wie dem UN-Umweltprogramm oder dem UN-Sekretariat zur Be-

kämpfung der Wüstenbildung, ist auszubauen. Ein Frühwarnsystem für Naturkatastrophen ist einzurichten.

– Notwendig ist die verstärkte Unterstützung für die Anstrengungen aller Länder der Region, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen, besonders in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Gleichstellung der Geschlechter, Gesundheit und Armutsbekämpfung.

– Migration ist in einer umfassenden Weise zu Gunsten beider Seiten des Mittelmeers unter Beachtung der Rechte von Migrantinnen und Migranten zu regeln. Alle Aspekte der illegalen Migration einschließlich des Menschenhandels bedürfen einer intensiveren internationalen Kooperation und einer gemeinsamen Verantwortung bei der Steuerung der Migrationsflüsse. Da Emigration im Wesentlichen auf ökonomische und politische Push-Faktoren zurückzuführen ist, kommt der Schaffung von besseren

S. 46

wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen im südlichen Mittelmeerraum eine hohe Bedeutung zu.

– Gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Extremismus, der zu Hass und Gewalt – gegen „den Westen“ oder auch gegen „den Islam“ – aufruft, muss gemeinsam gehandelt werden. Ein gemeinsames Handeln hilft, Ausgleich und Verständnis für den Anderen zu schaffen und Zerrbildern anderer Kulturen entgegenzuwirken.

– Die euro-mediterrane Partnerschaft und der Barcelona-Prozess mit seinen institutionellen Ausformungen müssen stärker als bisher als Forum auch für vertrauliche Aussprachen genutzt werden. Der Dialog zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in der gesamten Euro-Mediterranen Region – einschließlich der moderaten islamischen Oppositionellen – muss verstärkt werden, unter Beteiligung der Parlamente, wie auch der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung, der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wirtschaft und der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Regional- und Lokalverwaltungen. Dieser Dialog kann erfolgreich sein, wenn Europa seinen arabischen Nachbarn mit Respekt begegnet, ihnen zuhört, ihre Traditionen und religiösen Gefühle achtet und eigenständige Entwicklungen zu demokratischen Rechtsstaaten unterstützt. Dabei ist der Dialog von europäischer Seite nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten und Interessen; in Fragen etwa von Demokratie und der Gleichberechtigung der Frauen sowie der Absage an extremistische politische und religiöse Konzepte ist eindeutige Position zu beziehen.

Neuartiger Ansatz internationaler Beziehungen

Die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung (EUROMED-PV) hat auf ihrer Sitzung im März 2005 in Kairo zu Recht hervorgehoben, dass der Barcelona-Prozess derzeit der einzige Versuch in der gesamten Europa-Mittelmeer-Region ist, durch den seit Jahren versucht wird, einen auf gemeinsamen Werten gegründeten Raum der Stabilität und des Wohlstands durch einen neuartigen Ansatz in den internationalen Beziehungen zu schaffen. Zugleich wird gefordert, das institutionelle und operative Verhältnis zwischen dem Barcelona-Prozess, der EU-Nachbarschaftspolitik und der strategischen Partnerschaft klarzustellen.

Anlässlich ihres Treffens in Rabat im November 2005 hat die EUROMED-PV eine bessere Koordinierung zwischen allen internationalen, bilateralen und regionalen Initiativen gefordert, damit der Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen effektiver geführt werden kann. Daran anknüpfend erheben die ehemaligen Abgeordneten die Forderung, die Annah Lindh-Stiftung bekannter zu machen und ihr Potenzial besser auszuschöpfen, kulturelle Begegnun-

gen und den Kulturaustausch zu verstärken, Kulturinstitute wie das Goethe-Institut und die Auslandsschulen der EU-Länder in der Region noch mehr als bisher für die Begegnung, das gegenseitige Verstehen und die Verankerung universeller Werte zu nutzen.

Die von der Arabischen Liga im Mai 2004 in Tunis angenommene Erklärung „Der Prozess der Entwicklung, Modernisierung und Reform in der arabischen Welt“ wird begrüßt. Entsprechende Eigenanstrengungen sind auch von außen zu unterstützen. Der ungelöste Nahostkonflikt darf jedoch kein Vorwand für mangelnde Reformen sein.

Die EU-Initiative für Demokratie und Menschenrechte muss eine entscheidende Rolle im Rahmen des Barcelona-Prozesses spielen; der Umfang dieses Instruments muss ausgeweitet werden, um auch die Entwicklung und Festigung der Zivilgesellschaften und der Nichtregierungsakteure zu unterstützen. Eine hohe Bedeutung kommt in jeder Gesellschaft freien Medien zu. Diese zu fördern ist also eine der vornehmsten Aufgaben der EU. Ein neuer Versuch sollte unternommen werden, um einen Euro-Med-Medienbeauftragten zu ernennen.

Als sehr nützlich bei Rechts- und Verfassungsreformen und dem Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Institutionen haben sich die Beratungs- und Gutachtertätigkeiten der „Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht“ (Venedig-Kommission) vor allem in Mittel- und Osteuropa erwiesen – ein Faktum, das gleichzeitig im arabischen Raum bei den Transformationsprozessen so nicht zur Verfügung steht, weil es dort kein Pendant zum Euro-parat gibt. Insofern wäre die Venedig-Kommission offiziell mit einem mediterranen Mandat zu versehen.

Die ehemaligen Abgeordneten plädieren dafür, parlamentarische Institutionen, nationale Parlamente, das Europäische Parlament, die IPU und auch parlamentarische Versammlungen, wie die des Europarats, die EUROMED-PV oder die NATO-PV, mehr als bisher dafür zu nutzen, die Zusammenarbeit im Bereich der Demokratisierung und der Menschenrechte zu fördern und die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft den Bürgern näher zu bringen. Diese Kooperation beinhaltet auch den Dialog mit moderaten islamistischen Bewegungen und Parteien, deren Unterdrückung durch autoritäre Regime oftmals eine Ursache von Terrorismus war und ist. Von den Medien – vor allem in Mittel-, Nord- und Osteuropa – ist eine höhere Aufmerksamkeit für die Euro-Mediterrane Partnerschaft zu erhoffen.

Die ehemaligen Abgeordneten empfehlen auf Grund ihrer Erfahrungen den aktiven Kolleginnen und Kollegen, innerhalb ihrer Parlamente und Ausschüsse eine bessere gegenseitige Information, Abstimmung und Bündelung der Kräfte in der Euro-Med-Politik herbeizuführen und sich auch auf internationaler Ebene um gemeinsame Positionen mit gleichgesinnten Abgeordneten zu bemühen.

Das drei Kontinente berührende Ziel, das Mittelmeer zu einem Raum des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes durch Dialog, Austausch, Kooperation und ein integriertes Konzept von Entwicklung zu machen, ist von existentieller Bedeutung für die Menschen nördlich und südlich des Mittelmeers.



Uwe Holtz, Professor für politische Wissenschaft an der Universität Bonn, war von 1974 bis 1994 Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) des Deutschen Bundestages. Er ist Ehrenpräsident der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter und Vizepräsident der Vereinigung ehemaliger MdBs und MdEPs. Der Beitrag berücksichtigt die Diskussionsergebnisse der Studientagung der Vereinigung ehemaliger MdBs und MdEPs Mitte März in Berlin zur Vorbereitung eines Kolloquiums der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter im November 2006 zum Thema des Artikels.